Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 364. Montag den 29. December 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Neujahrs-Briefverkehr.

Zur Förderung und Erleichterung des Neujahrsverkehrs ist es gestattet, Briefe, Postkarten und Drucksachen, deren Bestellung **in Leipzig** und **in den Vororten von Leipzig** durch die Post **am 1. Januar k. J. früh** gewünscht wird, **bereits vom 30. December ab** zur Einlieferung zu bringen.

Der Absender hat derartige Briefe rc., welche **einzeln durch Postwerthzeichen frankirt** sein müssen, in einen Briefumschlag zu legen und diesen mit der Aufschrift zu versehen:

„Hierin frankirte Neujahrsbriefe für den Ort.
An das Kaiserliche Postamt Nr. 1
in
Leipzig."

Solche Umschläge (Packete) mit Neujahrsbriefen können entweder an den Annahmeschaltern der Stadtpostanstalten abgegeben oder, soweit es der Umfang gestattet, in die Briefkasten gelegt werden.

Die sämmtlichen **den Umschlägen rc. entnommenen Briefe** u. s. w. erhalten seitens des Postamts 1 **hier den Stempel** vom 31. December 6—7 Uhr Nachmittags.

Ausdrücklich wird bemerkt, daß die Einrichtung sich lediglich auf die **in Leipzig verbleibenden, bez. nach den Vororten von Leipzig bestimmten** Briefe rc. erstreckt.

Es wird ersucht, von dieser Einrichtung, welche der störenden Massenexpedition von Stadtbriefen **am Sylvesterabend** zu steuern bezweckt und der ordnungsmäßigen **Abwickelung** des gesteigerten Briefverkehrs **beim Jahreswechsel überhaupt** zu gut kommt, einen möglichst umfangreichen **Gebrauch zu machen.**

Leipzig, 23. December 1884.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Versteigerung von Bauplätzen an der Bismarck-, David- und Moscheles-Straße.

Die der Stadtgemeinde gehörigen **9 Bauplätze** des **zur Bebauung in geschlossener Häuserreihe bestimmten Baublocks III** an der Bismarckstraße zwischen der David- und Moschelesstraße sollen **zum Verkaufe versteigert** werden.

Dieselben enthalten nach dem betr. Parcellirungsplan

Bauplatz P.	an der Ecke der Bismarck- und Davidstraße excl. der abgerundeten Ecke		700.79	qm
„ Q.	„ Bismarckstraße		656.25	„
„ R.	„ „		656.25	„
„ T.	„ „		1562.71	„
„ U.	„ „		656.25	„
„ V.	„ „		656.25	„
„ W.	„ Ecke der Bismarck- und Moschelesstraße excl. der abgerundeten Ecke		700.79	„
„ S.	„ Davidstraße		1163.88	„
„ X.	„ Moschelesstraße		1170.48	„

Den Versteigerungstermin haben wir auf

Donnerstag, den 8. Januar 1885, Vormittags 10 Uhr,

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, anberaumt, zu welcher Stunde dessen Eröffnung pünctlich stattfinden, sodann aber die Versteigerung bezüglich **eines jeden** der **einzeln nach einander in obiger Reihenfolge** ausgebotenen 9 Bauplätze geschlossen werden wird, wenn darauf nach dreimaligem **Ausrufe kein weiteres** Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen **nebst Parcellirungsplan** liegen auf dem **Rathhaussaale I. Etage** zur Einsichtnahme aus und es sind davon Exemplare **ebendaselbst** in der **Sportelcasse I, Zimmer Nr. 2, für 1 ℳ 20 ₰** zu erhalten.

Leipzig, den 28. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Nutzholzauction.

Freitag, den 2. Januar 1885 sollen auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage **in Abtheilung 11c und 14a des Burgauer Forstreviers, am Leutzsch-Wahrener Fahrweg** und den Militairschießständen

37 Eichen-	**Nutzklötze,**
56 Buchen-	
77 Rüstern-	
27 Linden-	
8 Eschen-	
40 Ahorn-	
8 Maßholder-	
50 Ellern- und	
8 Aspen	sowie

26 Stück **Schirrhölzer,**

unter den öffentlich aushängenden **Bedingungen** und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden **verkauft werden.**

Zusammenkunft: früh 9 Uhr auf obigem Schlage, an der Leutzsch-Wahrener Brücke.

Leipzig, am 24. December 1884.

Des Raths Forstdeputation.

Nichtamtlicher Theil.

Die liberale Partei in Belgien.

* Die Nachrichten über den Stand der liberalen Sache in Belgien lauten schon seit Wochen wenig günstig.

Bekanntlich haben es nur die Zerwürfnisse **innerhalb des liberalen** Lagers verschuldet, daß im verflossenen Sommer, gelegentlich der Kammerwahlen, die Ultramontanen sich sammeln und gegen die Liberalen einen erfolgreichen Handstreich ausführen konnten, dessen Folge der Rücktritt des Ministeriums Frère-Orban war, welches sofort durch ein klerikales Cabinet ersetzt wurde.

Seither ist die politische Parteibewegung in Belgien als eine hochgehende zu bezeichnen. Sowohl in Brüssel als auch in verschiedenen Provinzstädten platzten die Gegensätze heftig aufeinander. Es kam zu einer ganzen Reihe nachdrücklicher Proteste und Kundgebungen gegen den Bestand und das Regierungsprogramm des ultramontanen Cabinets, ja es fehlte auch nicht an Straßenauftritten und allerlei Ausschreitungen, wie solche gewöhnlich in einem Lande vorzukommen pflegen, wo die politischen Leidenschaften durch besondere Ereignisse angefacht werden.

Diese Kämpfe **wurden auch in der später eröffneten** Kammer fortgesetzt. **Bisher hatten** sie aber, wenn man die gegenwärtige Lage Belgiens objectiv beurtheilen will, keinen sonderlichen Erfolg. So beschäftigt sich seit mehr als vier Wochen die liberale Minderheit der Kammer nur mit Interpellationen, ein allerdings verfassungsmäßiges Mittel, zu dem aber nur die Minoritäten, in der Regel ohne besonderen Erfolg, Zuflucht nehmen.

Von allen vorgebrachten Interpellationen ist jedenfalls die des früheren liberalen Cabinetschefs, Frère-Orban, die bemerkenswertheste. Er erklärte rund heraus, daß die Klerikalen die Absicht verfolgen, Belgien dem Papste zu überliefern, der mit seiner seitenten Politik die Bischöfe beauftrage. Man versuche in Belgien eine Theokratie zu errichten, in der nur die Satzungen des Syllabus gelten sollen; man führe die öffentliche Meinung irre, man verwirre die Geister und rufe die schlimmsten Leidenschaften wach; man verspricht dem Volke die Verminderung des Militairbudgets, wiewohl man weiß, daß dies unmöglich ist, ja man leugnet sogar das Deficit, welches thatsächlich besteht. In diesen verwerflichen Absichten, Agitationen und Versprechungen besteht das Programm der klerikalen Regierung. Diese hat es bereits dahin gebracht, daß die Behörden des Landes offen die Gesetze verletzen dürfen. Die Klerikalen sind nicht zufrieden, daß die religiösen Genossenschaften den allgemeinen Gesetzen unterworfen sind, sondern sie suchen unter allerlei Vorwänden, sei es direct oder indirect, den Klerus an die Stelle des obersten Gerichtshofes zu setzen. Die geistlichen Führer dieser Partei wollen sich an den Betten der Sterbenden niedersetzen, um in ihrem Testamente bedacht zu werden. Schon im Beginne dieses Jahrhunderts wurden im Interesse der religiösen Freiheit die Friedhöfe säcularisirt. **Aber der katholische Klerus hat niemals aufgehört, gegen diesen humanen Grundsatz zu wüthen; er will Diejenigen, die er in seinem wahnsinnigen Hasse verdammt, bis in das Grab beschimpfen. Das liberale belgische Schulgesetz war gerecht; es entsprach den Einrichtungen, welche bei civilisirten Völkern bestehen.** Oder glaubt man etwa, daß es der Papst der Mühe Werth gefunden hätte, die neutrale Schule zu verdammen, wenn sie nicht überall bestände? Der Zahl nach, rief Frère-Orban den klerikalen Kammermitgliedern zu, haben Sie zwar hier die materielle Macht, aber die moralische fehlt Ihnen gänzlich. Ministerien und Kammermehrheiten müssen mit der modernen Zeit, dieser ersten Großmacht, rechnen, welche in entschieden gebieterischer Weise alle Regierungen, Kammern und Versammlungen beherrscht und das mächtigste Fortschrittsmittel, die Presse, lenkt. Das ist in kurzen Worten die öffentliche Meinung. Daraus geht hervor, daß selbst eine kleine, durch letztere geschützte Minderheit eine thatsächliche Macht ist, während eine noch so große, aber von der öffentlichen Meinung nicht getragene Mehrheit keinerlei Lebenskraft oder Zukunft besitzt. Die materielle Stimmenzahl hat mit dem wahren Fortschritt nichts zu thun und wird ihn niemals verhindern können: das beweisen unzählige Beispiele der Geschichte aller Staaten und Völker. Mit einem Worte: Regierungen können heutzutage nur bestehen, wenn sie von der öffentlichen Meinung unterstützt werden.

Gegen diese zutreffenden, einschneidenden Ausführungen und Hinweise Frère-Orban's ist natürlich nichts einzuwenden, aber es wäre auch zu wünschen, daß die ganze liberale Partei Belgiens auf Grund eines klaren, einheitlichen Programms gegen ihre klerikalen Widersacher Front mache, wodurch diese in kürzester Zeit zum Rückzuge gezwungen werden müßten.

Leider scheint es aber im liberalen Lager bezüglich eines klaren, einheitlichen Programms und gemeinsamen Vorgehens bedenklich genug zu stehen. Die Zersplitterung der liberalen Partei, die gelegentlich der Kammerwahlen den Ultramontanen zum Siege verholfen hat, scheint noch lange nicht ausgeglichen, ja alle in der Jüngstzeit aus Brüssel eingelangten Nachrichten sprechen davon, daß die Spaltung zwischen den gemäßigten und radikal angehauchten Liberalen eine fast unheilbare geworden ist. Statt sich zu einem gemeinsamen Angriff gegen die klerikale Regierung zu sammeln, ist die große, seiner Zeit in Belgien so mächtige „Association libérale" vollständig in die Brüche gegangen. Das ist das Werk des radikalen linken Flügels der liberalen Partei, der, durch die französisch-republikanische Propaganda und allerlei extreme Elemente beeinflußt, die Führung der oppositionellen Bewegung an sich gerissen hat. Bisher sind schon über 1200 Mitglieder aus der „Association libérale" ausgetreten, die sämmtlich als Radikale bezeichnet werden können. Diese beabsichtigen einen neuen Verein unter der Leitung Janson's, Haumann's und Feron's zu bilden, zu welchem Zwecke durch riesige Placate und heftige Flugschriften in Brüssel, sowie in ganz Belgien agitirt wird. Wie es in dem Programm heißt, beabsichtigt der neue Verein sich hauptsächlich gegen die „angeblich liberal gesinnte Geldherrschaft" zu wenden, welche die Staatscasse in allen denkbaren Formen geplündert hätte. Den hohen Finanzkreisen und Großindustriellen wird geradezu vorgeworfen, daß sie, unter der Leitung Bischoffsheim's und Graux', das Monopol der Cassenverwaltungen an sich gerissen, und Millionen zu ihren Gunsten verschwinden ließen.

In nicht minder heftiger Weise wird von den Radikalen, die aus der „Association libérale" ausgetreten, gegen den Brüsseler Stadtrath vorgegangen, dessen Liberalismus in den schwärzesten Farben verdächtigt wird. Da wird in dem Programm des „neuen liberalen Vereins" unter Anderem angeführt, daß der Brüsseler Stadtrath bereits fünfzehn Anleihen gemacht und die Ausgaben der Stadt auf 31,153,054 Francs getrieben habe, wodurch ein jährliches Deficit von vier Millionen entstanden sei.

Die klerikale Regierung und ihre Anhänger reiben sich natürlich zu dieser trostlosen Zersplitterung der liberalen Partei vergnügt die Hände und vertrauen, mindestens vorläufig, auf die Richtigkeit des Satzes: „Divide et impera!"

Leipzig, 29. December 1884.

* Die Tage festlicher Stille werden manchem Patrioten Gelegenheit gegeben haben, über den noch immer ganz Deutschland durchbrausenden Entrüstungssturm ruhig nachzudenken. Es sind gemischte Gefühle, die den objectiven Beurtheiler erfüllen. Hocherfreulichst die überwältigende Kundgebung des Vertrauens und der Dankbarkeit gegenüber unserm großen Staatsmanne. Nun mögen Alle, die innerhalb und außerhalb unserer Grenzen mit offener oder geheimer Freude bereits das Ende unseres jungen Reiches heraufdämmern sehen, die Thorheit ihres Hoffens und Harrens begreifen. Der deutsche Michel hat auch nach 1870 das Schlafen noch nicht verlernt; aber es bedarf nur eines kräftigen Stoßes an der rechten Stelle, und er erhebt sich mit dem Zorne des Löwen. Das ist das wahrhaft Tröstliche in der Bewegung dieser Tage. Tief betrübend aber ist, daß diese Bewegung sich richtet, sich richten muß gegen den Reichstag. Nur der augenblicklichen Mehrheit desselben freilich gilt das Mißtrauensvotum; aber, wer nicht vom fractionsegoismus verblendet ist, muß erkennen, daß durch derartige Vorgänge die Achtung des Volkes vor der Institution des Reichstags als solcher erschüttert werden muß. Soll man deswegen die Bewegung verurtheilen, ihr entgegen treten? Das würde, abgesehen davon, daß es fruchtlos wäre, selbst von den wärmsten Freunden des constitutionellen Systems ein Fehler sein. Sie können nur wünschen, daß die Reichstagsmehrheit sofort und entschieden umkehre auf dem falschen Wege. Dazu wäre aber ohne die gewaltige Volkskundgebung keine Hoffnung gewesen. Das Centrum mag dieser Kundgebung vielleicht spotten; die „deutschfreisinnige" Partei kann es nicht, ohne sich selbst aufzugeben. Man sage nicht, diejenigen Mitglieder der Letzteren, welche in Erkenntniß des begangenen Fehlers in der dritten Lesung für den neuen Director zu stimmen entschlossen seien, könnten durch die „Entrüstungsmeetings" nun erst recht halsstarrig gemacht werden! Ohne die mächtige Erregung der Volksseele würden sie überhaupt nicht zur Erkenntniß gekommen sein. Und diese Erkenntniß, wenn sie vorhanden ist, kann sich nicht beschränken auf die unrichtige Stellungnahme in einer einzelnen Angelegenheit; sie muß nothwendig die ganze irrige Bahn umfassen, welche die „deutschfreisinnige" Partei eingeschlagen hat. Für jene Männer namentlich, die sich erst im letzten Frühjahr unter die Fahne des Radicalismus begeben haben, kann jetzt kein Zweifel mehr sein, nicht allein, wie tief die Kluft zwischen ihnen und gerade demjenigen Theile der Bevölkerung, aus welchem sie einst ihre beste Kraft gezogen, geworden ist, sondern auch, wie schwer sie die Zukunft unserer constitutionellen Entwicklung geschädigt haben. Noch ist es Zeit für sie zur Umkehr. Warten wir, wie sie sich entscheiden werden.

* Mangels besserer Entschuldigungen müssen die Sparsamkeitsrücksichten die Kosten der Vertheidigung für die Ablehnung der vielerörterten Directorstelle tragen. Dem gegenüber ist an die gleichzeitige Forderung von Diäten für die Abgeordneten oft genug erinnert worden; speciell der klerikalen Hälfte jener ablehnenden Majorität sei aber auch in Erinnerung gebracht, daß sie im selben Augenblick, wo sie die nothwendigen Mittel für die gute Führung der Geschäfte der auswärtigen Politik ablehnte, es mit den Sparsamkeitsrücksichten sehr wohl zu vereinigen wußte, Gehaltsverbesserungen für die katholischen Militairgeistlichen zu fordern.

* Klerikale Blätter versichern, daß die Centrumspartei auch in dritter Lesung für die Ablehnung des Directorpostens im Auswärtigen Amt stimmen werde. Das wird Niemanden Wunder nehmen; das Centrum ist ja gänzlich abgehärtet gegen nationale Empfindungen und patriotische Aufwallungen. Dagegen stellt das secessionistische „Reichsblatt" in Aussicht, daß das Resultat der Abstimmung in dritter Lesung ein anderes sein, d. h. daß ein Theil der deutschfreisinnigen Partei umschwenken werde. Unter den zahlreichen Mitgliedern der freisinnigen Partei, die in der zweiten Lesung fehlten, seien gerade Diejenigen gewesen, die auch in zweiter Lesung schon zur Bewilligung bereit waren. Warum haben sie denn aber gefehlt, und zwar größtentheils ohne Entschuldigung? Und warum sind die Führer, von denen ein mäßigender Einfluß auf die alte Fortschrittspartei erwartet wurde, bei kritischen Entscheidungen so oft abwesend?

* Die bereits telegraphisch signalisirte Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", den Reichskanzler betreffend, hat folgenden Wortlaut:

Die irrthümliche Nachricht, daß ein Besuch des Herrn Reichskanzlers in Paris zu erwarten sei, ist ohne Zweifel aus der Thatsache entstanden, daß ärztlicher Rath der Fürstin Bismarck einen Winteraufenthalt im Süden und dem Fürsten ein längeres Verweilen außerhalb des Bereiches der Geschäfte, der laufenden Telegraphie und der Geselligkeit empfohlen hat. Jedoch war für die Fürstin nicht Nizza, sondern Südfrankreich in Aussicht genommen, für den Reichskanzler ohne Rücksicht auf klimatische Lage irgend ein entlegener und geschäftlicher Beziehungen ausschließender Ort, sei es Madeira oder Egypten, sei es Tiflis oder Drontheim. Beide ärztliche Vorschläge, wenn sie befolgt würden, implicirten keine Reise nach Frankreich, und ist daher eine solche in den hiesigen Auffassungen niemals besprochen worden. Es ist also auch nicht nöthig, Vermuthungen darüber aufzustellen, welchen Empfang der Reichskanzler bei einem Besuche in Paris zu erwarten hätte, und zu berechnen, welches Gewicht auf einer Seite die Ritterlichkeit des französischen Charakters einem etwaigen Gegner gegenüber und auf der anderen Seite eine künstliche Erregung feindlicher Minoritäten in die Waagschalen legen könnten. Die Beziehungen beider Länder und beider Regierungen zu einander sind derart, daß auffallende und übelwollenden Deutungen ausgesetzte Schritte zu ihrer Erhaltung und Befestigung nicht erforderlich sind; die beiderseitigen Botschafter erfreuen sich des Vertrauens der beiden Regierungen, zwischen denen sie zu vermitteln haben, und wenn dennoch der Fall einträte, daß die Leiter der deutschen und der französischen Politik einer persönlichen Besprechung bedürften, so würde sich eine solche erreichen lassen, auch ohne das Aufsehen und die Parteiwirkungen herbeizuführen, welche sich an einen Besuch des Reichskanzlers in Paris knüpfen könnten.

* * *

* Das peinliche Aufsehen und die nicht mißzuverstehenden Commentare selbst in regierungsfreundlichen Blättern, welche die Vorgänge bei der Brünner Handelskammerwahl hervorgerufen hatten, haben die österreichische Regierung bewacht, den Beschluß der Wahlcommission umzustoßen und den status quo ante wieder herzustellen. Ein in Brünn eingetroffenes Telegramm des Handelsministers annullirt die stattgehabten Wahlen und ordnet sofortige Neuwahlen an. Als Grund der Annullirung wird angegeben, daß die Wähler nicht rechtzeitig von der Auffassung der Regierung über das passive Wahlrecht in Kenntniß gesetzt waren. Die Regierung hält also an der von dem Wahlcommissar in Brünn vertretenen Auffassung fest, daß das passive Wahlrecht zur Handelskammer mit dem activen zusammenfalle; nachdem die officielle „Wiener Abendpost" jenen langathmigen Artikel gebracht hat, in welchem das Verfahren in Brünn als vollkommen gerechtfertigt nachgewiesen werden sollte, war ein vorbehaltloser Rückzug ausgeschlossen. Den Deutschen wird es nunmehr sicher nicht schwer fallen, eine den Anforderungen der Regierung entsprechende Candidatenliste aufzustellen und durchzubringen; denn der in Böhmen allerdings übermächtige Einfluß der Czechen hat es noch nicht vermocht, auch in Mähren, wo Handel und Gewerbe fast ganz in deutschen Händen sind, festen Fuß zu fassen. Nachhaltig wirken wird aber auch jetzt noch das Gefühl des Befremdens darüber, daß die Regierung durch ihr Schweigen über die von ihr als die correcte angenommene Interpretation des Wahlgesetzes jene czechische Ueberrumpelung ermöglicht hat. Dem Anschein nach will man in den Wiener Regierungskreisen den Statthalter Grafen Schönborn für diese Unterlassung verantwortlich machen. Im officiösen Wiener „Fremdenblatt" wird wenigstens angedeutet, daß dieser es war, der „es für gut befunden, die an ihn herabgelangte Instruction der Commission und den Candidaten gegenüber als ein Geheimniß sorgsam zu bewahren."

* Die von Wolff's Bureau in Kürze signalisirten Depeschen-Veröffentlichungen des englischen „Foreign-Office" sind als ein Versuch des Letzteren zu betrachten, das Verhalten der britischen Regierung gegenüber der deutschen Colonialpolitik in den Augen des eigenen Publicums zu rechtfertigen. Eine Depesche Lord Derby's beginnt mit der Versicherung, daß die englische Regierung bis vor Kurzem nicht geglaubt habe, daß Deutschland irgend welche Annexionen beabsichtige, wie jetzt aus Bismarck's Note hervorgeht. Lord Derby sagt, er glaubte stets, daß die Gründung von Colonien oder von politischen Protectoraten nicht die Absicht der deutschen nationalen Politik sei. Hiermit will der Lord seine erste Antwort entschuldigen, daß England keine Souveränetätsrechte jenseits des Oranjeflusses beanspruche, noch zu beanspruchen gedenke. Erst als Fürst Bismarck neuerlich drängend anfragte, erfolgten dann die bekannte Antwort Derby's und Replik des Reichskanzlers. In einer langen Depesche entschuldigt Granville Derby's Schweigen. Derselbe sagt, er wußte nicht, daß Deutschland dränge und er bedauere, daß Münster nicht erfahren habe, daß die englische Regierung sich mit dieser Angelegenheit beschäftige und hierüber mit der Regierung der Capcolonie correspondire. Das Urtheil der englischen Journale geht dahin, daß die englische Darstellung die Sache nur noch ärger mache und keine Rechtfertigung der englischen Regierung enthalte. Das englische Blaubuch rechtfertige im Gegentheile die Action des Fürsten Bismarck, welcher zur Wahrung der deutschen Interessen gar nicht anders vorgehen konnte. Die Londoner Journale sprechen ferner ihre Befürchtung aus, daß in der australischen Angelegenheit das englische Cabinet abermals den Kürzern ziehen werde. Was letzteren Punct betrifft, so ist die Protestaction der australischen Colonien zur Zeit noch weit von Einstimmigkeit entfernt und äußert sich bis jetzt nur in Kundgebungen des Mißbehagens an die Adresse des Mutterlandes. Anscheinend rascher geht England in seinen südafrikanischen Besitzungen vor, deren Zahl durch die von der „Times" signalisirte Hissung der englischen Flagge in San Lucia einen nicht unwichtigen Zuwachs erhalten haben soll.

* Aus Abome-Callavi (im Königreich Dahome), im November wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Das rücksichtslose Vorgehen englischer Colonialbeamten hat an zwei Puncten der Sclavenküste ernstliche Unruhen hervorgerufen; es hat bei Lome die deutschen, bei Porto Novo die französischen Kaufleute in Aufregung und Entrüstung versetzt. Ueber die Thätigkeit jener Haussas genannten und uniformirten Räuberhorden, welche England in seiner Goldküstencolonie unterhält, habe ich bereits an anderer Stelle berichtet. Ein kleiner Trupp dieser Haussas ist seit der vom Districtscommissar Hirsninger begangenen Grenzverletzung noch immer eine Viertelstunde über die Grenze hinaus auf deutschem Schutzgebiet stationirt. Nicht genug damit, hat aber am 16. November eine Abtheilung Haussas einen Streifzug weit ins deutsche Schutzgebiet hinein unternommen, um aus dem Innern von Agotime kommende Händler, Männer und Weiber, welche Oel nach Lome gebracht hatten, abzufangen und auszuplündern. Ein Mann und eine Frau der Agotime wurden getödtet, mehrere erheblich verwundet. Von den Haussas sollen zwei ihren Wunden erlegen sein. Die Agotime konnten sich nicht halten, da sie nur unzulänglich bewaffnet waren, und büßten ihre ganze Habe ein. Das schlimmste bei der Sache ist, daß unter der eigenen Bevölkerung im westlichen Theil des deutschen Schutzgebietes Unruhen auszubrechen drohen, weil die Eingebornen von den Deutschen getäuscht zu sein glauben und bezweifeln, daß die Deutschen im Stande sein würden, sie vor den Uebergriffen und Räubereien der schwarzen Engländer zu schützen. So gut die Eingebornen sich sonst überall an dieser Küste mit den deutschen Kaufleuten stehen, denen sie ein weit größeres Vertrauen als den Angehörigen anderer Nationen entgegenbringen, so sind doch neuerdings sogar Drohungen gegen die Deutschen laut geworden, weil dieselben mit den Haussas unter einer Decke lägen und unter dem Vorwande, die Eingeborenen schützen zu wollen, das Land an die Engländer verkauft hätten. Die deutschen Kaufleute befinden sich in einer schwierigen Lage und es ist dringend zu wünschen, daß sobald als möglich den Uebergriffen der Engländer ein Ziel gesetzt und durch das Erscheinen einiger Kriegsschiffe das Vertrauen der Eingebornen in die Giltigkeit des von Deutschland gewährten Schutzes wieder gekräftigt werde. Consul Nondab hat sich auf die erste Nachricht von den Ereignissen bei Lome von Klein-Popo aufs dorthin begeben. Weit schlimmer als bei Lome ist es bei Ketenu hergegangen, wo sich englische und französische Interessen gegenüberstehen. Frankreich besitze seit 1882 eine Schutzherrschaft über das Königreich Porto Novo und hat neuerdings in die etwa 50,000 Einwohner zählende Hauptstadt Porto Novo eine kleine Besatzung gelegt. Porto Novo liegt jenseits der Lagune auf dem Festlande; gleichzeitig mit der Herrschaft über Porto Novo hat aber Frankreich auch die Schutzherrlichkeit über den dazu gehörigen, zwischen Meer und Lagune gelegenen Küstenstreifen erworben. Dies hinderte die Engländer nicht, sich jenen Küstenstreifen von Ketenu im September 1879 abermals (von dem sogenannten König Seton von Ketenu) abtreten zu lassen, und später, als die Franzosen Miene zur Besetzung machten, auch einige Haussas dorthin zu werfen. Die Franzosen haben sich das bisher ruhig gefallen lassen; der Commandant von Porto Novo war zu schwach, um mit seinen paar Soldaten etwas auszurichten, und hat sich begnügt, über die Uebergriffe der Engländer nach Hause zu berichten. Die englischen Colonialbeamten begannen wohl zu fürchten, daß man in London ihr Vorgehen nicht billigen werde, und suchten durch Geld und andere Mittel die Eingeborenen von Ketenu zu thatsächlichen Vorgehen gegen die Franzosen auf. Der Agent eines französischen Kaufmannshauses wurde gefangen genommen und erst nach ernstlichen Mißhandlungen wieder freigelassen. Auch sperrten die Einwohner von Ketenu, die ein halbes Seeräubervolk sind, unter Mithilfe englischer Haussas alle fahrbaren Wege durch jene seeartige Denham-Lagune, an deren Nordufer Porto Novo liegt. Der Verkehr zwischen Porto Novo und den französischen Factoreien im Süden von Toxome ist völlig unterbrochen, mehrere Canoefährer, die durchzudringen versuchten,